

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 09/2010

17. Jahrgang

26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 1. Dezember 2010

Thema Drewitz-Park bringt Bündnisse durcheinander

Die bereits breite Diskussion um ein 47.000 Quadratmeter großes Fachmarktzentrum in Drewitz ist in vollem Gange, Anlieger sind in Sorge und Aufruhr über die Dimensionen des Eingriffs in ihre Lebenswelt – doch die Stadtverordnetenversammlung hatte das Thema erstmalig auf dem Tisch. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Hans-Jürgen Scharfenberg, machte denn



Die Themen Gartenstadt und Drewitz-Park lockten viele interessierte Bürger zum „Rathausreport-live“ der Stadtfraktion der LINKEN.

auch dem Oberbürgermeister Jann Jakobs, der sich öffentlich bereits zustimmend erklärt hatte, den größten Vorwurf: „Massive öffentliche Proteste waren abzusehen“, sagte Scharfenberg. Und diese wurden auch auf der SVV sichtbar. In der Bürgerfragestunde hatte Frau Bellin einen ganzen Komplex mit der Frage zusammen gefasst: „Warum wiegt das Gewerbeanliegen in der Stadt mehr als das der Anlieger?“

Mehrere Ausschüsse hatten bereits beraten, ein Antrag und Ergänzungsanträge lagen auf dem Tisch. Abzuwägen war der Eingriff in die Natur und die Wohnbedingungen der Anwohner mit den Zielen der Stadt, die für dieses Areal bereits in einem „B-Plan 18 Kirchsteigfeld“ festgelegt sind und der nun aus aktuellem Anlass angepasst werden soll. Es wäre eine Entscheidung, in der die Stadt einen Verdrängungswettbewerb organisiert, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg, negative Voten zum Bau- und zum Möbelmarkt liegen bereits vor. Denn der Investor Henrik Aldinger hat schon konkrete Vorstellungen über das Einzelhandelszentrum. Aber er will die Erschließung zur Autobahn übernehmen. Ein Punkt, dem der Oberbürgermeister Jann Jakobs größtes Gewicht gibt, denn die Stadt könnte dies auf

lange Sicht nicht. Aber das Gebiet solle entwickelt werden, waren sich die Fraktionen einig. Über das Wie und Wohin allerdings nicht. Sprach die CDU noch von einem B-Plan für den Drewitz-Park, so ließ die FDP schon diesen Begriff fallen und wollte eine B-Plan-Ergänzung Kirchsteigfeld und die Berücksichtigung des Einzelhandelskonzeptes. Für diesen Antrag hatte die LINKE zwei Ergänzungen formuliert, die in mehreren Punkten eine breite Bürgerbeteiligung sichern sollten und den Eingriff in den Wald nur im „zwingend notwendigen“ Maße gestattet. Die LINKE favorisierte allerdings den Antrag der B90/Grünen, zunächst eine Zielsetzung für einen B-Plan zu entwickeln: „Untersucht werden sollen insbesondere die Potentiale für Handel im Kontext zum gesamtstädtischen Handelskonzept, Potentiale für Gewerbe und Wohnen sowie die Grenzziehung im Kontext der Umweltverträglichkeit.“

Die betroffenen Bürger quittierten das Abstimmungsergebnis von 24:20 bei fünf Enthaltungen mit Beifall, hatten sich doch bei diesem Thema endlich mal die Lager aufgelöst. Den Bürgern ist damit die Hoffnung geblieben, dass über den befürchteten Eingriff in ihre Lebensqualität noch grundlegend beraten wird.

Mit auf den Weg ...

Liebe
Potsdamerinnen und
Potsdamer,



in der Rede anlässlich seiner Amtseinführung hat der Oberbürgermeister für die nächsten acht Jahre Besserung gelobt. So will er eine Offensive für mehr Bürgerbeteiligung starten mit Stadtteilkonferenzen und Bürgerbefragungen, die er allerdings bisher immer verhindert hatte. Wie ernst es Herrn Jakobs damit ist, zeigte sich wenige Tage später in der SVV. Er weigerte sich, in seinem Bericht vor den Stadtverordneten Stellung zu nehmen zu der von seinem Baubeigeordneten ins Gespräch gebrachten Inanspruchnahme von Kleingartenflächen für den Wohnungsbau. Wenig später setzte er sich in einer heftigen Debatte für das Vorhaben „Drewitz-Park“ ein, mit dem im Kirchsteigfeld ein großer Baumarkt, ein Möbelmarkt, ein Verbrauchermarkt an der Stelle des Waldes errichtet werden sollen.

Dabei interessierte ihn offensichtlich wenig, dass es eine klare Ablehnung in der Bevölkerung gibt und auch in den Ausschüssen mehrheitlich gegen diese Ansiedlung votiert wurde, mit der das Einzelhandelskonzept auf den Kopf gestellt würde. Die Mehrheit der Stadtverordneten ist ihm jedoch nicht gefolgt. Wenig vertrauenserweckend ist auch die Tatsache, dass das von den Stadtverordneten mit Beschluss geforderte Konzept zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beim umstrittenen Projekt „Gartenstadt Drewitz“ vom Oberbürgermeister nicht im Dezember vorgelegt wurde.

Es bleibt also noch viel zu tun im nächsten Jahr. Bis dahin wünsche ich Ihnen eine frohe Weihnachtszeit.

Ihr

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Mdl,
Fraktionsvorsitzender

**Wir wünschen allen
Leserinnen und Lesern eine
besinnliche Advents- und
Weihnachtszeit und einen
guten Start ins Jahr 2011.**

Zwei Jahre Ortsvorsteher in Groß Glienicke – eine kleine Bilanz

Nach der Wahl 2009 wurde beschlossen, die Amtszeit des Ortsvorstehers aufzuteilen und mit dem besten Wahlergebnis im Rücken,



durfte ich mich dieser Aufgabe in den vergangenen zwei Jahren widmen.

In diesem OBR ist deutlich Bereitschaft vorhanden, die Probleme gemeinsam anzupacken. In Arbeitsgruppen und Einwohnerversammlungen wurden Probleme erfasst, beraten und Lösungen vorgeschlagen. Die Themen: Bürgerhaushalt, Vereinskonzern zur Vorstellung zu fördernder Projekte, Entwicklung des B-Planes 21 an der Potsdamer Chaussee, Planungswerkstatt zum Ausbau der Seepromenade, Gestaltung des Uferparkes ... und Veranstaltungen gegen die Sperrung des Uferweges am Sees.

Das Fazit: Die Regenwasserversickerung im Fr.-Günter-Park, die Übergabe des Schulergänzungsbaus (Hort aus der Waldsiedlung zurück geholt), unsere Interessen im Einzelhandelskonzept von Potsdam berücksichtigt, Baubeginn des 1. Abschnittes des Uferparks, zur Verbesserung der Wasserqualität des Sees Bau einer modernen Regenwasserfilteranlage.

Ein großes Problem ist die Sperrung des Uferweges. In sehr vielen persönlichen Gesprächen und Beratungen in der Verwaltung haben wir gemeinsam für eine gute Kompromisslösung geworben. Über ein Moratorium zu einer verträglicheren Abwägung unter teilweiser Änderung des B-Planes zu kommen, wird uns hoffentlich bald wieder die Möglichkeit bieten, das Seeufer in seiner ganzen Pracht genießen zu können.

Peter Kaminski ist für die Fraktion der LINKEN stellvertretender Ausschussvorsitzender des Finanzausschusses und stellvertretendes Mitglied im Hauptausschuss und im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und ländliche Entwicklung

Schulgarten der Zeppelin-Grundschule

Ein großer Teil des Schulgartens der Zeppelin-Grundschule musste für eine neue Kita geopfert werden. „Nach heftigen Protesten der Schule und der Elternvertreter wurde mit der Verwaltung und dem KIS eine Vereinbarung getroffen, im Herbst einige hoch gewachsenen Pappeln zu fällen und einen Schulgarten herzurichten. Im Frühjahr war damit begonnen worden, wann sei mit der Fällung zu rechnen, fragte Ralf Jäkel.

Die zuständige Beigeordnete Iris Jana Magdowski teilte mit, dass die vorgesehene Fällung von der Naturschutzbehörde nicht genehmigt worden sei. Bei einem Vor-Ort-Termin sei festgestellt worden, dass die Pappeln auf dem Schulgartengelände stehen bleiben könnten. Zur Pflanzperiode 2011 würden die Arbeiten unter Leitung des KIS erfolgen.

An der Vereinbarkeit von Pappeln und Schulgarten zweifelte Ralf Jäkel. Hella Drohla monierte, dass Schule und Eltern nicht über die neue Situation informiert wurden.

Sanierung der Neuendorfer Straße

Wann die Sanierung der Neuendorfer Straße vorgesehen sei, wollte Hans-Jürgen Scharfenberg wissen. Anwohner forderten dies wegen der Belastungen durch den schlechten Zustand seit langem und fragten, warum die Neuendorfer Straße nicht als Alternative für die umstrittene Sanierung der Mangerstraße vorgeschlagen

wurde. Baubeigeordneter Matthias Klipp äußerte Verständnis für diese Meinung, ein „Umtopfen“ der Mittel aus dem Konjunkturpaket II sei aber nicht möglich. Die Neuendorfer Straße müsste so saniert werden wie derzeit die Potsdamer Straße: mit Abfräsen und Bitumenbelag. Die Stadt habe aber nur Mittel für dringende Reparaturen zur „Gefahrenabwehr“. Wenn die Stadtverordneten es wollen, müsste die Sanierung in die Haushaltsdiskussion 2011 aufgenommen werden. Mit Stadtverordnetenbeschluss könne es auch eine Aufnahme in die Investitionsplanung ab 2014 geben, antwortete er auf Nachfrage.

„Klippsches Landrecht“

Brigitte Oldenburg fragte nach den Bescheiden für die steuerliche Absetzbarkeit, die bei Dachausbauten denkmalgeschützter Gebäude von der Stadt erst ausgestellt und dann wieder zurückgezogen wurden. Baubeigeordneter Matthias Klipp erklärte, dass es einen Stau von 600 Anträgen gegeben habe, unter anderem wegen des notwendigen Wirtschaftlichkeitsnachweises beim Dachausbau. Der sei vom Ministerium zwar gefordert, aber es gebe keinerlei Prüfkriterien, nach denen bewertet werden müsse. Daraufhin habe er zunächst entschieden, die Anträge pauschal zu genehmigen, habe aber die Genehmigung in 40 Fällen wieder zurückgenommen.

Eine Arbeitsgruppe der Landesministerien für Finanzen und Kultur mit der Stadt werde jetzt die Kriterien erarbeiten, ergänzte Oberbürgermeister Jann Jakobs. Brigitte Oldenburg nannte das eigenmächtige Vorgehen des Baubeigeordneten „Klippsches Landrecht“.

Vorschlag der LINKEN: Eigenes Budget für barrierefreie Stadt

Nachdem der Beauftragte der Landeshauptstadt Potsdam für Menschen mit Behinderungen, Karsten Häschel, in seinem Bericht die Arbeit in der Stadt zur Umsetzung der in Barcelona verfassten Erklärung für eine barrierefreie „Stadt für alle“ vorgetragen hatte, zog Jana Schulze für die LINKE die ersten Schlussfolgerungen:

1. Die regelmäßige Befassung mit behindertenrelevanten Anträgen, Anfragen und Diskussionen im Ausschuss für Gesundheit und Soziales rechtfertigen eine Verkürzung der Berichtszeiträume. Die zu Beginn des Jahres

2011 einzuberufende Arbeitsgruppe „Teilhabeplan“ wird dieses Erfordernis schnell erkennen.

2. Die Ersetzung der Erarbeitung des Behindertenberichtes durch einen Teilhabeplan halten wir für sinnvoll und anstrengenswert.

3. Die im vorliegenden Bericht mehrfach angemahnte erforderliche Ausfinanzierung von Maßnahmen hinsichtlich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und mit dem Beitritt der LHP zur Erklärung von Barcelona sollte, wie bereits Beschlusslage, in einem eigenen Budget im Haushalt 2011 ihren Niederschlag finden. Wir werden mit Adressaten im Interesse aller Bürger dieser Stadt den Haushaltsentwurf dahingehend durchforsten.

Ein Verkauf und seine Tücken mit den „Lücken“

Der Verkauf eines Teiles des Schulstandortes am Griebnitzsee an das Erzbistum Berlin, das dort die katholische Marienschule saniert und die vorhandene Turnhalle, die von der Marienschule und der städtischen Grundschule genutzt wird, mit einem Neubau ersetzen will, wird zum Problem für die Stadt. Die alte Turnhalle soll laut Bauablaufplan des Bistums im November 2011 abgerissen und dann eine neue gebaut werden. Für diese Zeit von acht Monaten sollen die Kinder der städtischen Grundschule zum Sportunterricht in die Turnhalle am Schilfhof im Schlaatz gebracht werden. So war die Auskunft der zuständigen Beigeordneten Iris Jana Magdowski auf eine Anfrage der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung im November. Für die Dezember-Sitzung hatte die LINKE nun einen Antrag eingereicht, der sichern soll, dass die Bauablaufplanung so zu gestalten sei, „dass ein Weiterbetrieb der alten Turnhalle bis zur Eröffnung der neuen Turnhalle, mindestens aber bis zum Ende der Wintersaison im April 2012, gewährleistet ist“.

Dazu hatte die LINKE Rederecht beantragt für Christian Lohoff, der sowohl die Meinung der Eltern zu diesen Aussichten übermitteln wollte, als auch fachlich kompetent den vorgeschlagenen Bauablauf einschätzen konnte. Dipl.-Ing. Christian Lohoff führt nämlich selbst ein überregional arbeitendes Bau-Planungsbüro und hat einen Alternativzeitplan erarbeitet, der einen Übergang von der alten in die neue Turnhalle ohne Ausweichstandort ermöglicht und den Fertigstellungstermin des Gesamtvorhabens Marienschule im Juli 2013 gewährleistet.

Zudem hatte sich der Vorsitzende der Schulkonferenz, Peter Pfennig, mit einem Brief an die Stadtverordneten gewandt und sie daran erinnert, dass mit ihrem Votum zum Verkauf eines Teiles des Schul-



Die Schulturnhalle am Griebnitzsee entwickelt sich zum Streitpunkt zwischen dem Erzbistum, das einen Teil des Schulstandortes gekauft hat, und der Stadt, die einen durchgängigen Sportunterricht nicht garantieren kann.

standortes die Zusicherung verbunden war, dass der gesamte Schulunterricht, also auch der Sportunterricht, durchgängig aufrecht zu erhalten sei. Beide verwiesen auch darauf, dass die Kommunalaufsicht bereits mit der Sache befasst sei, da durch die Veräußerung nach derzeitigem Stand ein ordnungsgemäßer Schulbetrieb nicht gegeben ist. Darauf verwies auch Stefan Wollenberg, der für die LINKE den Antrag begründete. Hier würden die konkreten Bedingungen umgangen, unter denen die Stadtverordneten dem Beschluss zur Teilveräußerung zugestimmt hatten.

Die Kommunalaufsicht werde den Verkauf aber nicht rückabwickeln, hielt der Oberbürgermeister Jann Jakobs entgegen. Die Stadt sei nicht der Bauherr und könne also nicht den Ablauf bestimmen. Der KIS habe sich bereits mit dem Erzbistum in Verbindung gesetzt, das allerdings eine

Veränderung des Bauablaufs abgelehnt habe. Ein Beschluss der Stadtverordneten könne der Stadt höchstens den Rücken stärken bei weiteren Gesprächen. Hans-Jürgen Scharfenberg erinnerte noch einmal die Stadtverordneten an ihre Zusage an die Eltern, dass sich die Bedingungen für ihre Kinder keinesfalls verschlechtern werden.

Erleichtert stellten die anwesenden Eltern fest, dass die Stadtverordneten den Beschluss mehrheitlich fassten und der Stadtverwaltung damit den Auftrag gaben, mit dem Erzbistum so über den Bauablauf zu verhandeln, dass die alte Turnhalle so lange genutzt werden kann, bis die neue steht.

(Das Erzbistum hat sich inzwischen dazu geäußert und auf den Kaufvertrag verwiesen, in dem die Stadt einer „Lücke“ bei der Hallennutzung zugestimmt habe.)

Teilung des SAGO-Geländes

Seit Jahren habe sich bei der Entwicklung des SAGO-Geländes nichts getan, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag der LINKEN, nun die Voraussetzungen für eine Teilung des Areals zu schaffen, um der Entwicklung bessere Chancen zu geben. Da angeblich nach Vorgabe der Landesplanung nur eine Großsiedlung an diesem Standort vorgesehen ist, habe er bereits mit dem Bauminister Vogelsänger gesprochen, der einer kleinteiligen Entwicklung nicht im Wege stehe, wenn Pots-

dam dies wolle. Die Stadtverordneten beschlossen es so.

Radweg Schlaatz-Neuendorfer Straße

Nach jetziger Planung soll der Radweg zwischen Schlaatz und Neuendorfer Straße frühestens 2014 saniert werden, obwohl er schon mehrfach Gegenstand des Bürgerhaushalts war. Klaus-Uwe Gunold reichte den Antrag der LINKEN ein, diesen Radweg weiter nach vorn im Radwegekonzept zu bringen. Der Antrag wurde beschlossen, den Radweg bis 2012 zu sanieren.

Poststelle in der Waldstadt

Da die Kaufhalle zum Teufelssee zugunsten von Wohnungsneubau abgerissen werden soll, wird der Oberbürgermeister beauftragt, einen Ersatz für die Nahversorgung zu prüfen und den Erhalt einer Poststelle im Wohngebiet Waldstadt II, die dort untergebracht war, zu sichern. Hans-Jürgen Scharfenberg begründete den Antrag der LINKEN, die sich der Bürgersorgen im Wohngebiet angenommen hatte. Der Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr
13. Dezember 2010; 03.: 10.; 17. und 24. Januar 2011; 07. Februar 2011

27. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Plenarsaal
26. Januar 2011, Beginn 15 Uhr
Frühschoppen „Rathausreport live“

Landhotel Potsdam, Reiherbergstraße 33, 14476 Potsdam / OT Golm

30. Januar 2011, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“

Nummer 1/2011

Stadthaus, Raum 3.107

04. bis 09. Februar 2011 (außer Sa./So.)

Info-Stände in den Stadtteilen:

04. Februar 2011

14:30 Uhr Kepler-Platz/Am Stern

15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center / Drewitz

16:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Str./Waldstadt II

05. Februar 2011

10:00 Uhr Weberplatz/Babelsberg

10:00 Uhr REWE-Markt/Zentrum Ost

10:00 Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-Platz/Am Schlaatz

10:30 Uhr Kaiser's/Kirchsteigfeld

Bürgersprechstunde

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL,
am 21. Dezember 2010 von 17 – 18 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)

Anmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69;
Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Ehrung von Otto Wiesner

Der gemeinsame Antrag mit der Gruppe Die Andere, den Potsdamer Antifaschisten und Schriftsteller Otto Wiesner anlässlich seines 100. Geburtstag mit der Benennung einer Straße oder eines Platzes zu ehren, wurde vom Kulturausschuss zurückgestellt.

Wiederherstellung der Gesundheitsgasse

Mit dem Antrag soll der viel genutzte Fußweg zwischen Brandenburger Vorstadt und Bahnhof Charlottenhof wieder und für die Zukunft sicher nutzbar werden.

Fehlplanung Radweg Forststraße

Der Antrag, die Verantwortung und die Ursachen für die Fehlplanung bei der Einrichtung eines Radweges in der Forststraße festzustellen, ist vom Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen mehrheitlich abgelehnt worden. Der Radweg war in einer öffentlichkeitswirksamen Aktion übergeben worden und nur Monate später durch Tiefbauarbeiten wieder zerstört worden. Dies sollte mit dem Antrag in der Zukunft ausgeschlossen werden.

Gedenkstele für Trümmerfrauen

Die Ausschüsse für Finanzen und für Kultur haben dem Antrag der LINKEN zugestimmt, im Zusammenhang mit der Wiedergewinnung der historischen Mitte eine geeignete Form der Würdigung der Trümmerfrauen zu prüfen. Die LINKEN schlägt eine Stele vor.

Turnerhalle im Luftschiffhafen

Die Turnerhalle im Luftschiffhafen ist in einem sehr schlechten Zustand. Bisher gibt es keine Planungen dazu, ob diese Halle durch Sanierung zu erhalten ist oder ob ein Neubau finanziert werden kann. Da die Universität Potsdam diese Halle intensiv nutzt, sollte das weitere Vorgehen kooperativ beraten werden.

Die LINKEN will nun eine Prüfung veranlassen, ob die Turnerhalle im Luftschiffhafen durch eine Sanierung auf das erforderliche Niveau gebracht werden kann oder ob

ein Neubau der bessere Weg ist. Dazu ist die Kooperation mit der Universität Potsdam zu suchen. Das Ergebnis der Untersuchung ist der Stadtverordnetenversammlung im März 2011 in Form eines Zwischenberichtes vorzulegen. Die Ausschüsse für Finanzen und für Bildung und Sport haben dem Antrag zugestimmt.

In einem weiteren Beschlusssentwurf hat die LINKEN das Thema aktualisiert, nachdem inzwischen bekannt geworden ist, dass es bereits entsprechende Untersuchungen gibt, unter welchen Voraussetzungen eine Sanierung der Turnhalle möglich ist und welche Kosten ein Neubau verursachen würde. Jetzt sei als nächster Schritt die Grundsatzentscheidung zu treffen, ob die Halle saniert oder durch einen Neubau ersetzt wird. Die Entscheidungsvorlage, in der auch die Finanzierungsmöglichkeiten enthalten sind, soll bis zum März 2011 vorliegen.

Schulentwicklungsplanung

Da die LINKEN konsequent davon ausgeht, dass die Schulentwicklung sich am Elternwunsch als oberster Priorität orientieren soll und die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen kontinuierlich hoch ist, soll nach dem Willen der LINKEN die Schulentwicklungsplanung überarbeitet werden. Ziel sei, der an-

Da die Tagungszeit der Stadtverordnetenversammlung am 1. Dezember von 15 bis 22 Uhr einmal mehr nicht ausreichte, um die Tagesordnung abzarbeiten, wurde beschlossen, die ausstehenden Punkte in einem zweiten Teil der Versammlung am 15. Dezember zu diskutieren.

haltend hohen Nachfrage nach einem 13-jährigen Abitur-Bildungsgang gerecht werden zu können. Dazu soll im Bildungsausschuss beraten werden:

- ob die Goetheschule in Babelsberg dauerhaft als Gesamtschule weitergeführt werden soll,
- dass die weiterführende Schule im Bornstedter Feld als Gesamtschule eröffnet wird,
- das berufliche Gymnasium am OSZ I schnellstmöglich zu eröffnen.

Anglersiedlung Kanalbrücke

Die Befürchtungen, dass neue vertragliche Regelungen den Bestand der Anglersiedlung gefährden, nimmt die LINKEN zum Anlass zu beantragen, dass Gespräche mit Vertretern des Vereins für eine vertragliche Gestaltung zur Sicherung der Siedlung aufgenommen werden.

Jahres- Abo Rathausreport:

Bitte denken Sie daran: Wenn Sie ein Abo für den "Rathausreport" abschließen möchten, senden Sie bitte bis zum Jahresende für das Jahr 2011 für 9 Ausgaben 9 Briefmarken a 0,60 € an die Fraktion.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19